

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Nummer 2,50 Mark, das Jahrgesamt 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeitervereinsverlag für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Berdenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 8 Goldpfennig 1. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 50 Goldpfennig 1. Zeile im Zeitl. Manuskripte zu richten nach Halle, Verlagsleiter 14. Tel. 1066, 1047, 2251. Zeitungsbüro: Klotzestraße 14. Halle. Druckerei: Gommers u. Vöhring, Halle. Verlagsadresse: Leipzig 1008 48 Reich Str. 66.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, den 15. Mai 1925

5. Jahrgang \* Nr. 99

## Wie die SPD. den Monarchismus bekämpft

### Sie bewilligt dem Monarchisten Luther Riejengehälter

(Fig. Drahtm.) Berlin, 15. Mai.  
Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit dem Etat des Reichsfiskus. Gewisse Hofensberg beantragte für die kommunistische Fraktion eine Sonderabstimmung über das Gehalt des Reichsfiskals Luther, damit die SPD. Gelegenheit bekomme, ihre oppositionelle Stellung gegen die Luther-Regierung kundzutun. Die SPD. hat aber zusammen mit allen bürgerlichen Parteien das Gehalt Luthers bewilligt. Gegen den Widerspruch der Kommunisten bewilligte die SPD. in derselben Sitzung noch folgende löhliche Dinge: Zwei Dienstauftrag für Luther, fünf Kriminalbeamte zu seiner persönlichen Bedienung, 2000 Mk. für Neuanschaffung seiner Wohnung. Auch ein Antrag der Kommunisten, die Gehaltsliste des Deutschen Reiches in Händen, diese parlamentarische Väterlichkeit, zu streichen, wurde von der SPD. zusammen mit den Bürgerlichen niedergestimmt.

### Hindenburgs Besuch bei Loeb und Otto Braun

Nach Meldungen der Telegraphen-Union tratete der Reichspräsident von Hindenburg am gestrigen Tage dem Reichspräsidenten Loeb in dessen Wohnung einen Besuch ab. Es wurden keine Reden gehalten, sondern in einer zwanglosen Unterhaltung wurden Gegenstände meist politischen Inhalts besprochen. Der Reichspräsident Loeb hat an den Reichspräsidenten Hindenburg die untertänigste Frage gerichtet, wie es denn eigentlich mit der Amnestie künde. Hindenburg hat erklärt, die Amnestie sei noch nicht so weit gediehen, daß das Kabinett Beschlüsse fassen könne. Der Hindenburg seinen blauen Dunst davon hatte, was er sich eigentlich handelt, bewiesen seine weiteren Worte. Ich bin über die G e t a e r e i t ( ? ) Ihn durch die Abgeordnete Frau Dr. Behm (Dn., 2. Red.) unterrichtet worden.

Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß Reichspräsident Hindenburg am Donnerstagnachmittag 5 Uhr den preußischen Ministerpräsidenten Braun und dem Reichsrat einen Besuch im preußischen Staatsministerium abgestattet hat. Hindenburg hat dabei sein „tiefes Bedauern“ mit anderen Worten geäußert, daß die Hofnung ausgeprochen haben, daß es dem Herrn Ministerpräsidenten Braun beschieden sein möge, „getreu den Überlieferungen des preußischen Staates“ sein Amt zu führen.

Wir wollen nicht den Besuch Hindenburgs bei Loeb und Braun als das besondere Kennzeichen des Einkommens der SPD. in die Hindenburg-Front darstellen, denn prompt würde die sozialdemokratische Presse darauf erwidern, daß sie ja nur eine formale und amtliche Sache, die nicht hätte umgangen werden können.

Aber wenn schon Sozialdemokraten sich diesen offiziellen Akt nicht glauben entziehen zu können, die Abstimmung im Reichstag, bei der sie den Monarchisten Luther mit Freuden keine Gelder bewilligt haben, beweist, daß der Besuch Hindenburgs bei Loeb und Braun mehr ist als eine bloße Formalia. Der sozialdemokratische „Kampf“ gegen den Monarchismus hebt so aus, daß man nicht einmal wagt, Luthers Gehälter abzulehnen. Von der Zustimmung und der finanziellen Grundlage des Monarchisten Luthers bis zum Eintritt in die Luther-Regierung selbst ist nur ein kleiner Schritt. Anonyme Koalitionspolitik hat jetzt eben Augenblick in eine offene Koalitionspolitik umschlagen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden noch ihre Wunden erleiden! Wir aber werden nicht verärrnen, an Hand präziser Beweise immer wieder zu zeigen, daß die sozialdemokratischen Führer Schwindler sind, wenn sie von ihrem Kampf gegen den Monarchismus sprechen, und daß es eine infame Verleumdung ist, wenn sie von den „kommunistischen Steigbügelhaltern der Reaktion“ reden.

In Wirklichkeit stellen sich die Führer der SPD. bereits „auf den Boden der nun gegebenen Tatsachen“ und denken gar nicht daran, den Kampf auch nur um die primitivsten republikanischen Forderungen, um die Forderungen ihres eigenen Programms, aufzunehmen.

Aus dem Grunde ist es notwendig, daß auf der Grundlage des Offenen Bundes der SPD. mit seinem republikanischen Minimalprogramm sich eine Einheitsfront aller Parlamentarier aus dem Betrieben und Gewerkschaften heraus bildet. Jeder, der es wirklich ernst meint mit dem Kampf gegen den Monarchismus, muß unverzüglich für diese selbstverständlichen Forderungen eintreten.

Wir legen heute schon voraus, daß die christlichen sozialdemokratischen Arbeiter sich an Hand der Stellungnahme ihrer Führer zu diesen Forderungen selbst davon überzeugen werden.

daß die Spitzen des ADGB und der SPD. lieber mit den Monarchisten zusammengehen werden, als daß sie die Bildung der allein kampfesfähigen roten Klassenfront dulden werden. Der wirkliche Kampf gegen den Monarchismus wird nur erfolgen können, über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftsbureautanten hinweg, unter der Führung der Kommunistischen Partei.

### Die Monarchisten beginnen mit dem Abbau der parlamentarischen Rechte

(Fig. Drahtm.) München, 14. Mai.

Auf Erzuchen des Verfassungsausschusses des Bayerischen Landtages hat die Staatsregierung einen Entwurf zur Abänderung der Verfassung sowie des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vorgelegt. Danach ist auf Verlast des Mandates gegen Abgeordnete zu erkennen, die ihr Mandat in gewissenfügiger Weise auszuüben, die Mittelungen aus vertraulichen Sitzungen der Ausschüsse anderen zur Kenntnis bringen, die wegen Hochverrats verurteilt werden und die gemässlich die Handlung des Reiches oder Bayerns vornehmen wollen. Heber die Vträge auf Mandatsaberkennung entscheidet der Staatsgerichtshof. Das Urteil kann nur auf Freisprechung oder auf Verlust der Mitgliedschaft des Landtages lauten.

Dieser Vorstoß der bayerischen Monarchisten liegt durchaus in der Linie des Hindenburg-Programms. Selbst die bürgerlich-demokratischen Rechte sollen abgebaut werden, um natürlich in erster Linie die „Hochverrats“ von kommunistischen Abgeordneten ihres Mandats zu berauben. Die kommunistischen Arbeitermassen sollen sogar ohne parlamentarische Vertretung sein. Man will die kommunistische Stimme der Wahrheit sogar im bürgerlichen Parlament gemässlich erstickend!

Diese Vorgänge sind ein Warnungssignal für die gesamte Arbeiterklasse. Gelting ist ihr nicht, sofort die kampfesfähige rote Klassenfront aufzurichten, so wird der Monarchisten auf dem Wege des legalen Abbaues selbst der bürgerlich-parlamentarischen Rechte gelingen, ihr Ziel zu erreichen.

### Protest gegen die Todesurteile in Sofia

Das Zentralkomitee „Rote Hilfe“ Deutschlands hat im Namen seiner Mitglieder an die bulgarische Regierung das nachfolgende Telegramm geschickt:

An den Ministerpräsidenten der bulgarischen Regierung Sofia.

Das Zentralkomitee „Rote Hilfe“ Deutschlands protestiert im Namen seiner 300 000 Mitglieder gegen die neun Todesurteile im Attentatsprozess und gegen ihre Vollstreckung, die in der gesamten Welt als ein unerhörter Justizmord angesehen werden würde. Ferner erheben wir Protest gegen die graulame Verfolgung und Misshandlung revolutionärer Arbeiter und Bauern.

Außerdem hat sich das Zentralkomitee mit nachfolgendem Schreiben an die bulgarische Gesandtschaft in Berlin gerichtet:

An die Gesandtschaft der bulgarischen Regierung.

Wir gestatten uns, Ihnen eine Abschrift eines Telegramms zu überreichen, das wir heute an den Herrn Ministerpräsidenten Ihrer Regierung nach Sofia geschickt haben und bitten Sie, dieses Telegramm auch nach auf dem Wege zur Verfügung stehenden diplomatischen Wege schnellstens Ihrer Regierung zu überreichen.

Da nach den Pressemeldungen die gefällten neun Todesurteile bereits am Sonnabend, dem 16. Mai, vollstreckt werden sollen, falls nicht der König die Genehmigung zur Vollstreckung versagt, so bitten wir Sie um beschleunigte Erziehung unserer Wünsche, die revolutionäre Arbeiter und Bauernschaft gefälligst wird, hat in Ihrem Lande eine Schiffe erreicht, die das Entsetzen der gesamten Kulturwelt hervorruft. Das Attentat während der Trauerfeier in der Kathedrale in Sofia ist die augenscheinliche Folge dieses Terrors, der die Verfolgung zu solchen Verbrechen angereizt. Die Vollstreckung der gefällten Todesurteile wird beschuldigt nicht etwa als eine Vergeltung für das Attentat, sondern als ein weiterer Akt der Bourgeoisie und als ein offenkundiger Justizmord empfunden werden.

Wir unterstützen diese Forderungen des Zentralkomitees „Rote Hilfe“ und fordern alle Arbeiter in den Betrieben und Organisationen auf, zu veranlassen, daß auch von diesen sofort ähnliche Proteste an die bulgarische Regierung gegen die Vollstreckung der Todesurteile geschickt werden. Die größte Eile ist geboten, weil die Verurteilten in der größten Gefahr schweben, schon in wenigen Tagen dem Henkerbeil zum Opfer zu fallen.

### Ein Sozialdemokrat bestätigt die Koalitionswünsche der SPD. mit den Deutschnationalen

Der „linke“ Oppositionsführer der SPD. Ströbel schreibt in der „linken“, „Chemnitzer Volkstimme“ einen Artikel über die Orientierung der SPD. zur Marxigen Volksgemeinschaft, zur Volksgemeinschaft von Wilhelm Marx, dem Zentrumsführer, der in Preußen eine Koalition zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten zustande zu bringen suchte. Er hatte damit weniger Glück als Hindenburg, der, als er Koste und Loeb die Hände schüttelte, damit das Bestehen dieser ganz großen Koalition bereits bestätigte.

Ströbel weist nach, daß das Zentrum in Preußen kein Interesse an der Landtagsauflösung gehabt und damit zu erkennen gegeben habe, daß ihm nicht an der Konsolidierung des republikanischen Volksblocks, der auf Mandatsgewinne hoffte, sondern lediglich an den offenen Türen zur Koalition mit den Deutschnationalen gelegen habe. Der „Vorwärts“ habe bereits zu erkennen gegeben, daß die SPD. nicht abgesehen sei, eine solche „Volksgemeinschaft“ mitzumachen. Ströbel bestätigt also, daß keine Partei bereit ist, mit den Deutschnationalen zusammen in eine Regierung zu gehen. (Die kommunistische Presse hat bereits vor Ströbel auf diese prinzipielle Bereitschaft des SPD.-Vorstandes und der sozialdemokratischen Reichstages- und Landtagsfraktion hingewiesen.) Ströbel erklärt, daß die monarchistische Reaktion sehr wohl die SPD. zur Unterstützung einer arbeitereindlichen und die Masse verhäßt ausbeutenden und unterdrückenden Politik gebrauchten könne. Auf dem Gebiet der Aufwertung, der Sozial- und Steuerleistungen, der Werten pläne die vereinigte Zentrum- und Deutschnationale Kapitalistenklasse einen mörderischen Anschlag auf die Interessen der arbeitenden und unbemittelten Bevölkerung. Um vor der Empörung dieser Massen sicher zu sein, um gewissermaßen einen Misshandlungen zu erhalten, wäre den Vertretern der „Volksgemeinschaft“ die Koalition mit den Sozialdemokraten außerordentlich erwünscht. Ströbel „warnt“ daher und schreibt:

Nichts wäre bequemer für die nationalistischen Parteien, nichts aber auch verhängnisvoller für die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk! Wir sollten meinen, daß die Mitverantwortung für das Ausrotten, für die 4 1/2 Jahre Weltkrieg hinlänglich abgedrungen sollte! Aber es scheint, als ob gewisse, leider sehr einflussreiche Kreise der Partei aus den Fehlern der Vergangenheit nicht das Geringste lernen wollten. Darum muß der maßvollste Widerspruch gegen diese Politik der „Volksgemeinschaft“, die für das deutsche Volk wie für die deutsche Sozialdemokratie gleich vernichtend wäre, aus der breiten Masse der Partei selbst kommen!

Ströbel gesteht also, daß die verantwortliche Führerklasse der SPD. bereit ist, die altbewährte „Kostepolitik“, Hinterschneidung im Auftrage der Kapitalisten, fortzuführen. Denn auf Ströbel ist nicht imstande, etwa den SPD.-Arbeitern zu beweisen, daß die augenblickliche sozialdemokratische Politik eine ernstliche Opposition gegen die Pläne der monarchistischen und kapitalistischen Reaktion ist. Das Oppositionsgebilde der „linken“ Helmen wird die SPD.-Führer nicht im geringsten hindern, diejenige „Realpolitik“ zu treiben, die die Kapitalisten von ihren sozialdemokratischen Lakaien verlangen. Die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie löste zum Bündnis mit den Monarchisten. Wenn sie heute die SPD.-Führer wieder in Gnaden aufnehmen, so zeigt das nur, bis zu welcher Lakaienhaftigkeit die sozialdemokratischen Bonzen gelangten sind.

Es zeigt, daß die Monarchisten die Sozialdemokraten bei der Durchführung ihrer Pläne gut gebrauchten können.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die gegen die Monarchisten und Reaktionäre kämpfen wollen, können nicht erwarten, daß die „linken“ Oppositionsführer, die immer hinterher entdeden, daß die Führer der anderen Spaltung „Fehler“ gemacht haben den Kampf gegen die Koalitionspolitik des Parteivorstandes aufnehmen. Sie sind ja im Grunde auch für die Koalition, wenn sie auch heute noch ablehnen, mit den Deutschnationalen zusammenzugehen.

Wer gegen die sozialdemokratische Politik ist, muß den rechten wie den „linken“ Führern Kampf anfangen. Er muß dann für die einzige Partei der Arbeiterklasse, für die Kommunistische Partei eintreten.







Fortsetzung des Hauptreferats des Zentrale-Breiters

Unsere Taktik bei der Präsidentschaftswahl

Unsere taktische Aufgabe bei der Präsidentschaftswahl war nicht, die Wahl mit unserer Politik im Rahmen der geltenden Verfassung zu gewinnen, sondern wir mussten die Wahl als eine Kampfbühne für die Durchsetzung unserer Politik nutzen...

Sätten wir die Wahl Hindenburgs vermeiden können?

Im Zusammenhang hiermit ist vielfach die Frage der Wahlenthaltung aufgetaucht. Das war eine Ausflucht, weil man nicht wollte, was man tun sollte, um nicht als „Verbündete der Reaktion“ dazuzählen...

Die „Verbündeten der Reaktion“

Welches ist heute das Argument, das man uns in den Betrieben entgegenhält? Heute heißt es, die Kommunisten sind die „Verbündeten der Reaktion“. Wir haben nicht überall sofort verstanden, was dieses Argument unseren Gegnern aus dem Munde zu schlagen...

Die Preußenfrage

Begreifen wir nicht, daß die Massen, die nicht von uns erfüllt werden, in einer preußischen Koalitionsregierung ein besseres Leben als in der deutschen nationalen Regierung...

Warum haben wir aber am Freitag gegen Braun gestimmt? Wir stimmten aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen Braun, der sich ausdrücklich gegen die KPD gewandt und Unterhandlungen mit der Volkspartei eingeleitet hatte...

Die „Grenzen“ des Manöverierens

Man fragt uns: Wo sind die Grenzen Eurer Politik? Sagt uns konkret, wie weit wollt ihr gehen. Bis hierher ist es ganz schön, aber was liegt dahinter? Solche Fragen vertragen einen wirklichen Opportunismus...

2. Tag des Zentralausschusses

Diskussion

Ein Genosse der Zentrale: Die Heften werden von der Zentrale ein in die Hand zu nehmen empfohlen. Die neue Politik trägt aber sehr wenig Früchte...

Man zu dem Manöver, das hier im Vordergrund steht. Bei einem gewissen Vorteil, daß wir durch die Manöver die Politik der SPD abgemildert, aber auch taufschiefen, ist die Partei Arbeiter, die mit den Sozialdemokraten einverstanden sind...

Ein Genosse vom Arbeiter: Gen. A. ist im Irrtum. Die Verhältnisse liegen so, daß heute ein großer Teil der Arbeiterschaft, die größte Majorität, abblümungsgemäß vier Fronten, heute noch glauben, daß der „Vollstöß“ das Streben hat, etwas für sie zu tun...

in der Kommunistischen Partei, sondern in Millionen von Köpfen der Arbeiter besteht. Diesen Gedanken herauszufagen, ist die Aufgabe der Partei, die durch die neue Linie erfüllt werden soll.

Das 95 Prozent der Mitgliedschaft des Bundesrats ist bei der Auflösung der Zentrale vollkommen angefallen

Die Frage „Monarchie oder Republik“ hat in den Diskussionen keine wesentliche Rolle gespielt. Sie ist von den Arbeitern des Bezirks vollständig verstanden worden. Sie verstanden, daß sie gegen den Monarchismus zu kämpfen haben...

Ein Genosse der Jugend: Die Jugendzentrale hat in ihrer letzten Sitzung ausführlich zu den Fragen der Taktik Stellung genommen und hat mit 14 gegen 2 Stimmen die Taktik gebilligt...

Das ist das ABC der kommunistischen Agitation

Das ist das ABC der kommunistischen Agitation. Für uns gibt es keine Koalitionspolitik „an sich“. Lenin hat klar und deutlich den Standpunkt vertreten, daß man sich nicht unterbeugt, nicht, als er damit begründete, daß die Machthaber zwar ausgesprochene Verräter der Arbeiterklasse sind...

Wir werden Euch im Preußenparlament nicht hindern, weil es für uns von Interesse ist, den Massen der Monate lang zu zeigen, was für Rechte ihr seid

Für uns gibt es in der Frage des Kompromißmachens der Standpunkt Lenins: wir sind die Feinde aller dieser Kompromisse. Wir haben für uns ein klares Ziel vor uns, und wir werden es verfolgen. Wir werden Euch im Preußenparlament nicht hindern, weil es für uns von Interesse ist, den Massen der Monate lang zu zeigen, was für Rechte ihr seid...

Ein Vertreter aus der Pfalz: Ich lehne nicht nur unsere Taktik in der Preußenfrage ab, sondern auch den Offenen Brief. Die Arbeiterschaft hat unter Vorbehalt nicht anders ausgeht, als einen bloßen Anbiederungsversuch bei der SPD...

Die 2 Millionen Stimmen, die für die Wahlmänner-Kandidatur abgegeben wurden, sind für uns ein Zeichen, daß wir das Klassenbewußtsein in der Arbeiterschaft geweckt und zu halten verstanden haben.

Ein Vertreter von Nordwest: Ich bin nicht der Ansicht, daß diese Diskussion heraufbeschworen wurde von irgendwelchen Älteren, sondern aus Dingen, die wir im letzten Jahr erlebt haben.

Ein Genosse der Zentrale: Es ist die Auffassung der gelauteten Zentrale, daß der Weg, den wir auf dem Frontarbeiterpartei, auf dem Weg eines „Fehlgeheils“ nicht verlassen wird und daß wir keine neuen Wege gehen werden, die von der alten Politik, die wir gegenüber der SPD, getrieben haben, richtig war...

Ein Genosse aus Niederhessen polemisiert gegen die Ausführungen des Referenten. Nach dem was man einem gewissen Mitarbeiter die Sache betraden. Auch ich glaube, daß man sich nicht so stark einlassen muß, aber nicht veranlaßt, um die Linie von Frankfurt zu verlassen...

Frage der Koalitionspolitik zu erkennen, und die Partei würde einen schweren Fehler begehen, wenn sie diese Ermüdung nicht fühlen würde und bez. demagogischer sozialdemokratischer Fäulnis aus neue Ziele...

Ein Vertreter von Berlin-Frankeburg: Auf der Tagesordnung stehen noch immer die Beschlüsse des 5. Weltkongresses und die Beschlüsse des Frankfurter Parteitag, die behaupten, daß die Partei in bestimmten Situationen manövrierfähig sein muß. Die Genossen haben ohne weiteres gesehen, daß eine Unklarheit, unserer eigenen kommunistischen Genossen und von uns kommunistischeren Arbeiter in den Betrieben in diesem besteht...

wo die Genossen direkt aus den Betrieben herauskommen, wurde gegen wenige Stimmen die von der Zentrale vorgezogene Taktik gutgeheißen.

Das Manöver müßte natürlich fortsetzen. Es spricht dann der Vertreter der französischen Partei, der die Gründe für den Stimmungsfall bei den Wahlen in Frankreich darlegt und sich für die Linie der Partei ausspricht.

Ein Genosse aus Chemnitz: Jeder bei vorgelegter Plattform muß man sich ernst einmischen. Als theoretisches Dokument ist es durchaus einwandfrei lesenswertes Dokument. Es ist durchaus zulässig, mit manchen Äußerungen der Bourgeoisie Bündnispolitik zu treiben. Unentschieden ist aber, daß man dieses Programm in Deutschland anwenden will, wo die Voraussetzungen dafür nicht da sind. Wir haben hier erstens weder eine Bourgeoisie, die vor großen Revolutionen zittert, noch eine sehr revolutionäre Situation, wo Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit haben, heißt berühmter Vorlesung an die Menschheit: „Unbütigkeit die Macht erobern“ getan hat. Das Manöver würde bei großen Teilen der Bevölkerung die Illusion auslösen, daß der „Volkseifer“ eine rechte Tat sei...

Wir verstehen durchaus, daß Manöver zulässig sind, aber sie hören auf, Manöver zu sein, wenn aus diesen Manövern sich zeitweilig in der jetzigen Situation in Deutschland eine Blöde- und Bündnispolitik erheben muß. Wir sind für Manöver, wir sind für den offenen Krieg, wir sind aber nicht für Bündnispolitik. Jetzt noch hier, das Verhältnis zu den Wählern und zu den Wahlen. Wenn man die Beschlüsse der Parteikonferenz wiederholen würde, sind sie auf dem Höhepunkt. Gegen die Rechte haben wir gehört, als die Zentrale uns wegen verschiedener Differenzen, so z. B. in der Frage der Produktionskontrolle, gepörrigt hat.

Ein Genosse des Rotenkreuzes: Das Heilmittel, das Lenin gegen opportunistische Gefahren angibt, ist nicht, daß wir von nördlichen programmatikellen Fehlern lassen, welche Manöver zulässig sind, sondern das ist der revolutionäre Klassenkampf und die einheitliche Weltanschauung auf wissenschaftlichem Niveau. Die Voraussetzung dafür, daß wir diese Taktik jetzt anwenden können, war die Bekämpfung des Ständeleitens in unserer Partei; mit einer brandierlichen Partei kann man eine solche Taktik nicht machen. Wenn man aber noch etwas Größe im Kopfe hat, kann man eine solche Taktik machen. Der Genosse E. sagt auf Grund seines wissenschaftlichen Standes: Manöver ist ganz klein, aber kein Bündnis, kein Zusammengehen, aber in unserer Situation heißt, daß wir mit zeitweilig für gewisse Ziele zusammengehen wollen.

Wir werden bei diesem Manöver betonen, daß wir die einzige proletarische Partei sind. Es ist unmöglich, Entlassungsmanöver gutzuheißen mit der Behauptung, daß man mit 100 Prozent Wahrscheinlichkeit weiß, die anderen können auf unsere Forderungen nicht eingehen. Es wird Situationen geben, wo sie eingehen sind, unter dem Druck der Massen doch mit uns zusammenzugehen.

Wer meint, dann seien wir Reformisten, wird dieses Manöver nicht versteht, soll nicht herkommen und legen, er sei prinzipiell für Manöver, man solle elastisch sein, sondern er soll sagen, Manöver sind unmöglich, denn die anderen können darauf eingehen. Das man bei Manövern in der Frage der Regierung Bedenken hat, ist nach den Erfahrungen, die wir machen konnten, selbstverständlich. Aber das man die Genossen die Situation vom Jahre 1923 mit heute vergleichen, daß sie das Entlassungsmanöver in Preußen und die Koalitionspolitik mit Zeigner nicht auseinandersetzen können, ist ein Zeichen, daß wir mit der Schulung unserer Parteimitgliedschaft noch zurück sind.

Gegenwärtig haben wir den Vorkampf der Konterrevolution, im Jahre 1923 hatten wir eine aufsteigende, revolutionäre Klasse. Gegenwärtig ist es für uns nicht gefährlich, wenn die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, sondern wenn sie als Opposition auftreten können, die leider durch die Kommunisten, die beheimatet mit den Deutschnationalen zusammengehen, geschindert ist, das Volk zu bestrafen. Es ist für uns plünderlich, wenn die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen und mit Hindenburg gegen die Arbeiter regieren. Heberall, wo wir mit den Genossen aus den Betrieben über unsere Politik gesprochen haben, da haben sie Verständnis gezeigt. Sie haben das Vertrauen, daß die Partei diese Manöver durchführen wird, ohne in Opportunismus zu verfallen.

Ein Genosse der Zentrale: Das Manöver, das in der deutschen Partei zur Debatte steht, ist nicht nur eine nationale Frage, sondern

ein internationales Problem. Wir haben veräußert, mit den Genossen, daß unsern Vorkämpfern in den Betrieben man sich Mühen lang über bolschewistische Manöver zu sprechen. Die Frage, die wir uns vorlegen müssen, ist die, daß im Prozeß der Organisation der Revolution bei einer vorübergehenden Ebbe Massenpartei bleiben wollen werden wollen oder nicht. Wir werden und bleiben das, indem wir versuchen, in bolschewistischer bolschewistischer Sprache den Massen in den Betrieben Argumente zu geben, mit denen sie gegen die SPD, aber gegen Hindenburg kämpfen. Das ist das Kernproblem, das in den Vordergrund gestellt werden muß. Die führenden Funktionäre müssen den Mitgliedern sagen, daß es Situationen gibt, wo die Zentrale verpflichtet ist, zu handeln, und nachher kann erst darüber diskutiert werden. Keiner von uns glaubt, daß die SPD, als Partei irgendeine kämpfen könnte.

Das zeitliche Manöver, das wir durchführen, bedeutet nichts anderes, als daß wir die SPD, zwingen, ihren eigenen Anhängern zu zeigen, daß sie nicht kämpfen kann und nicht kämpfen will. In der Fragezeitge hätten wir das schon vor Monaten tun müssen.

Man muß sich neben der Frage der Koalitionspolitik der Partei die erste Frage vorlegen, wie es möglich ist, daß die SPD, trotz Barmer-Stand, trotz Radchuhler Prozeß usw. immer noch 7,5 Millionen Stimmen gewinnen konnte.

Die Taktik ist nicht neu, sie ist nur eine Verwirklichung der Thesen des Zentralkomitees vom Januar.

Die Situation ist etwas neu, und wenn wir nicht begreifen, daß wir in einer neuen Situation anders operieren müssen, sind wir keine bolschewistische Partei. Die Taktik, die Strategie der Partei muß sich ändern können in jeder Minute, auf Grund veränderter Situationen.

Die Genossen, die sich denken, daß mit der Freuenzfrage die Sache liquidiert ist, werden sich irren. Sie müssen sich schon heute damit beschäftigen, daß wir in der Reichspolitik ein ähnliches Manöver machen, weil wir bei den Wählern gewinnen und nicht verlieren.

Wenn wir ernste Vorkämpfer des Proletariats sein wollen, dann heißt es: nicht zurückweichen vor den bolschewistischen Manövern.

Ein Genosse von der Wasserfante: Die Kommunistische Partei als revolutionäre Organisation hat immer zu manövrieren; sie muß in den Situationen, in die sie durch Veränderungen der politischen Lage oder wirtschaftlichen Verhältnisse hineingeworfen wird, die Fähigkeit besitzen, die Massen in die richtige Kampfsituation gegenüber der Bourgeoisie zu bringen.

Der Redner polemisiert gegen die Behaupten, die manche Genossen geäußert haben und erklärt, daß der Bezirk Wasserfante der Zentrale zustimmt.

Ein Redakteur eines Führerorgans: Die Situation begünstigt die unklaren Stimmungen, die das Arbeiten der Partei sehr schwer machen und die Wirksamkeit der reformistischen Agitation erleichtern. Man muß auch gegen den Strom schwimmen können. Wenn wir einmischen für eine Manöverpolitik, kommt man nicht aus mit einem Manöver, man führt einen Kampf, aber drei Wochen, sondern nur mit einem System, wo sich ein Manöver an das andere reiht. Man kann nicht die Politik der Partei abstrakt machen; man kann nicht plünderlich das Steuer herumreißen und vor den Massen stehen; alles, was wir bisher gemacht haben, war falsch. Praktisch wird durch die neue Politik herauskommen, daß wir am Schwanz der SPD, marschieren.

Ein Genosse vom Mittelrhein tritt für die Thesen der Zentrale, für die Taktik der Partei ein. Die Arbeiter des Bezirks verstehen, was die Kommunistische Partei macht.

Ein Genosse aus Bagen behauptet, daß die Genossen, die drei Jahre lang illegal waren und jetzt erst wieder ihre Organisation aufbauen, entmutigt werden können. Die Taktik ist falsch.

Es sprechen noch: Sekretär der Bezirke Magdeburg und Döhlen, die sich für die Thesen erklären.

Der Vertreter der Exekutive:

Die Exekutive stellt mit großer Freude fest, daß die deutsche Subpartei nach der Präsidentenwahl die Lehren gezogen hat. Es gibt eine monarchofide Gefahr, was durch die Wahl Hindenburgs, für den 15 Millionen gestimmt haben, bezeugt wird. Diese Wahl bedeutet im internationalen Maßstab eine große Gefahr für Sowjet-Rußland. Der englische und französische Kapitalismus suchen Absatzmärkte und wollen Deutschland zum Vorposten gegen Sowjet-Rußland machen. Ein Teil der Genossen versteht nicht, daß wir in dieser Situation die Stellung der internationalen kommunistischen Bewegung verteidigen müssen. Seit einem Jahre ist unter Einfluß sehr vermindert, und wir müssen sowohl daraus als auch aus der Tatsache der beginnenden Offensive gegen Sowjet-Rußland alle Konsequenzen ziehen. Die Genossen sagen, wir wollen eine Entlassungspolitik.

Wir wollen nicht nur eine Entlassungspolitik, wir wollen eine gemeinsame Kampfpolitik mit den sozialdemokratischen Arbeitern.

Der Führer Brandlers war, daß er in einer anti-revolutionären Situation eine Bündnispolitik mit den Sozialdemokraten machte, in einer Situation, wo wir gegen die SPD, kämpfen sollten. Aber jetzt haben wir keine revolutionäre, sondern eine gegenrevolutionäre Situation. Wir wollen gegen die SPD, mit anderen Mitteln kämpfen. Die Ultrafalsch geschindert die gute Durchführung der Politik. Als Heilmittel im Breuchischen Landtag erklärte, daß unsere Vorschläge eine Basis für Verhandlungen seien, da schrieb die „N. N.“ falsch: „Wir werden mit der SPD, nicht verhandeln!“

Wenn wir diese Politik durchführen werden, sollen wir auch mit ihr verhandeln.

Die Exekutive glaubt, daß wir uns im Breuchischen Landtag über die Stimme entziehen sollen mit folgender Erklärung: „Wir stellen fest, daß durch die Wählung der SPD, bewiesen hat, daß sie keine republikanische Partei ist, sondern ein Instrument der kapitalistischen Reaktion. Trotzdem haben große Teile der Arbeiterklasse für die SPD, gestimmt. Die SPD, will ein demagogisches Manöver gegen uns machen. Wir erklären, daß wir in dieser Situation so handeln werden, und die Arbeiterklasse mag prüfen, wer recht hat.“

Ich bin überzeugt, mit dieser Erklärung können wir im Breuch eine große Agitation und Propaganda treiben.

Im Namen der Exekutive bitte ich, die Resolution der Zentrale einstimmig anzunehmen.

Schlusswort des Zentrale-Vereiters:

Einige kurze Schlussbemerkungen: Was den Monarchismus ökonomisch fundiert, ist das Finanzkapital, dessen politischer Ausdruck ist eine monarchofide Tendenz, die mit den finanzkapitalistischen Interessen des Auslandes durchaus zu vereinbaren ist. Hier zu reden von einem Kampf der einen Genossen gegen die andere ist, als 1923, wo die Genossenschaft der Massen im schnelleren Tempo vor sich ging. Nicht in acht Tagen werden wir Erfolge haben, auch nicht in acht Wochen, sondern nur dann, wenn wir uns freimachen von all den Schwierigkeiten, die wir heute haben, wenn wir heute lernen, eine Politik der proletarischen Klasse zu treiben und an die Spitze dieser Politik die Kommunistische Partei zu stellen. Heute versteht uns nur ein ganz kleiner Teil, was die entscheidenden Erfolge bringen. Wir werden jetzt im Reichstag die Frage mit aller Energie zu stellen haben, weil wir dadurch das Zentrum, die Partei, die mit einem Fuß bei den Kleinbürgern und Arbeitern und mit dem anderen Fuß bei den Finanzkapitalisten steht, dadurch in eine schwere Zwangslage treiben können.

Die Genossen, die gegen die neue Taktik sind, haben keinen Ausweg gezeigt, fast erschöpfender Argumente wurde mit Nebenarten herumgerufen.

Wir werden, die alle Wahlen von der schwarzrotgoldenen Masse zu betreiben, nämlich ähnliche Fragen zu stellen haben wie jetzt in Preußen.

Nur mühselige Arbeit, nur fortwährendes praktisches Durcharbeiten, nur ununterbrochenes Wiederholen kann uns Erfolge führen. Wer glaubt, mit einer Geste über diese Taktik hinweggehen zu können, versteht nicht, daß die Lage in Deutschland wirklich nicht auf revolutionäre ist und die Arbeit unter den Massen eine ganz andere ist, als 1923, wo die Genossenschaft der Massen im schnelleren Tempo vor sich ging. Nicht in acht Tagen werden wir Erfolge haben, auch nicht in acht Wochen, sondern nur dann, wenn wir uns freimachen von all den Schwierigkeiten, die wir heute haben, wenn wir heute lernen, eine Politik der proletarischen Klasse zu treiben und an die Spitze dieser Politik die Kommunistische Partei zu stellen. Heute versteht uns nur ein ganz kleiner Teil, was die entscheidenden Erfolge bringen. Wir werden jetzt im Reichstag die Frage mit aller Energie zu stellen haben, weil wir dadurch das Zentrum, die Partei, die mit einem Fuß bei den Kleinbürgern und Arbeitern und mit dem anderen Fuß bei den Finanzkapitalisten steht, dadurch in eine schwere Zwangslage treiben können.

Wer von uns ein Opfer der Manöver verlangt, der verlangt von uns reinen Opportunismus.

Wir kennen uns eine Beschlüsse in der jetzigen Lage: die Schwarzrotgoldenen zu schlagen und die anderen praktisch als Verbündete von Hindenburg zu entwerfen.

Und wenn wir dazu eine ganze Reihe von Manövern gebrauchen müssen, so dürfen wir uns nicht den Weg verippen lassen durch leere Redensarten. Die Lage in der Partei ist taktisch schwierig. Daß die Rechte die Situation ausnutzen werden, ist klar, aber wir trauen uns zu, diesen Gefahren zu begegnen. Ich habe die tiefe Überzeugung, daß die Debatte über diese Fragen hier auf dem Zentralkomitee eine eingehende Klärung für die Partei gebracht hat.

Darauf wurde die Resolution der Zentrale mit großer Mehrheit angenommen. (Berlin, Hamburg-Wasserfante, Rhein-Main stimmen geschlossen dafür, andere Bezirke waren geteilt; dagegen stimmten einige schwächere Bezirke, wie Kassel, Danzig, Baden, Bayern.)

Nach Erledigung der Anträge und Aufrufe wurde noch eine Resolution vorgelegt, die der Zentrale das Vertrauen ausdrückt und den 34. und die Sekretäre und Redakteure zur einheitlichen Ausführung der Durchsicht der beschlossenen Taktik verpflichtet. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende schloß die Tagung mit einem von der Versammlung beauftragt angenommenen Hoch auf die KPD, die Kommintern und Sowjet-Rußland.

Resolution des Zentralkomitees zur Roten Hilfe

Der Zentralkomitee verweist besonders auf den Vorschlag der Erweiterten Exekutive der Kommintern, wonach alle Sectionen der Kommintern verpflichtet sind, in ihren Ländern die „Internationale Rote Hilfe“ in der Erfüllung ihrer Aufgaben auf das Tätigste zu unterstützen. Der Zentralkomitee verpflichtet deshalb alle Organisationsgruppen, dafür Sorge zu tragen, daß in jedem Orte eine Mitgliederorganisation der „Roten Hilfe“ geschaffen wird und jedes Parteimitglied anzustreben, Mitglied dieser Organisation zu werden. Ferner sind die Betriebsbelegschaften und Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Sportorganisationen usw.) zu veranlassen, sich korporativ der „Roten Hilfe“ anzuschließen. Die Kommunisten in der „Roten Hilfe“ haben die Verpflichtung, in vorbildlicher Weise die Aufgaben der „Roten Hilfe“ durchzuführen. Vor allem ist gemeinsam mit der „Roten Hilfe“ der Kampf gegen die Klassenjustiz und für die Kollektivierung für alle politischen Befangenen in gesteigertem Maße durchzuführen.

Advertisement for 'WIK' clothing factory. Features a logo with 'WIK' and 'WIRTSCHAFTS KLEIDER WERKSTÄTTE'. Text: 'Wir fabricieren selbst in unserer eigenen Werkstatt in Berlin den größten Teil der bei uns zum Verkauf gelangenden Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung. Wir schalten dadurch den Zwischenhandel aus und lassen den Nutzen des Fabrikanten unserer Kundschaft zugute kommen deshalb sind wir preiswert'. Lists various clothing items and prices: wkw-Herr.-Sacco-Anzüge (26.00), wkw-Jünglings-Anzüge (25.00), wkw-Herr.-Loden-Mäntel (22.00), wkw-Herr.-Gummimäntel (18.50), wkw-Herr.-Gummimäntel (26.00), wkw-Herr.-Sacco-Anzüge (38.00), wkw-Jünglings-Anzüge (32.00), wkw-Herr.-Frühjahrmäntel (38.00), wkw-Herr.-Frühj.-Paletots (28.00), wkw-Herr.-Sacco-Anzüge (59.00), wkw-Herr.-Sport-Anzüge (28.00), wkw-Herr.-Sacco-Anzüge (52.00), wkw-Herr.-Mäntel (36.00), wkw-Herr.-Frühj.-Paletots (49.00), wkw-Herr.-Covercoat-Paletots (47.00).







**Größte Auswahl Billige Preise**

**Herren-Anzüge**

ausgesucht schöne Dessins, moderne Verarbeitung, hervorragender Sitz.  
MK. 95.- 85.- 72.- 64.- 58.- 46.-

**Wahn**

Gr. ULRICHSTR. 4

**Während des Volksfestes im „Dianasaal“, Zeit empfehle die weit und breit als ganz vorzüglich bekannten**

**Rostbratwürste**

Delikatwürstchen  
Schokoladen und Zuckwaren  
Hochachtungsvoll 667  
**Robert Viehweger**

**PREIWERTE**

**STROH-HÜTE**

MATELOT HÜTE  
Verschiedene Geflechte  
4.50 3.75 6.50

Echte  
**PANAMA HÜTE**  
12- 8.75 15-

**DEUTSCHER HUT VERTRIED**  
Obere Leipziger Straße 61, Gr. Ulrichstr. 58

**Wer Farben braucht für sein Logis, geht stets zu Kühnert & Kompanie!**

Beste Bezugsquelle für Handwert und Privatbedarf  
Ihre Vorteile: Billigste Preise! Prima Qualitäten!

Unsere Spezialitäten: Schablonen, Bienen, Wirtten, Zeime, bunttrockene Kernfarben, Fußbodenfarben, Kilo 1,75 RM., Emalteinfarbe, weiß, Kilo 2,40 RM., Küchenfarbe, Delikat Kilo 1,10 RM.

Größtes Spezialhaus für Farben, Paste sowie sämtliche Malerartikel  
**Kühnert & Co., Süßliche Del- u. Lackfarbenfabrik**  
665 Weberstraße 9 Zeitz Nähe Gähmenstr.

**Das Beste in 1510 Patent- und Auflegematrizen**

in allen Preislagen, Markt des Bettenbaus  
**Bruno Paris**  
St. Ulrichstraße 2  
Eing. Kanalstraße 2  
2 Minuten o. Markt

**Weißenfels Arbeiter-Turn- und Sport-Verein 1893**

Sonnabend, nachm. 4 Uhr, in Beyers Schwimmbad:  
**Frühlings-Sportfest**

Sonntag von 7 Uhr morgens: Turnen, Sport u. Spiel am Meilenstein  
Mittags 11 Uhr Auftreten zum Lunch. Nachm. Konzert, sportl. Veranstaltungen künstl. Sparten  
Abends großes Feuerwerk 654  
Hierzu ladet die verehrte Arbeiterschaft bezgl. ein  
Der Vorstand

**Garten-Tischdecken**  
abgepaßt und vom Stück

**Zelt- u. Markisendrelle**  
in verschiedenen Breiten und Qualitäten

Anfertigung in Markisen  
**Korbmöbelgarnituren**  
einzelne Korbmöbel besonders preiswert

**Kokos- u. Bast-Teppiche**  
für Dielen und Veranden in schöner Auswahl

**Metallbettstellen u. Matratzen**

**Otto Dobkowitz**  
Entenplan 8 Merseburg Telefon 58

**Gasthof „Blauer Stern“, Zeitz**  
Sonntag, 17. Mai, abends von 6 Uhr an:  
**Ball** 670  
des Arbeiter-Radfahrer-Vereins  
Es laden freundlichst ein  
Die Drisgruppe

**Der Wirt**

**Roter Frontkämpfer - Bund**  
Sonnabend, 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Waldhaus“  
**Werbeabend**

Kaufmannschaft 1/2 Uhr, Eintritt 50 Pf.  
Hierzu ladet die gelante Arbeiterschaft herzlichst ein  
Der Vorstand

**Gasthof Lützenau**  
Sonntag, den 17. Mai, nachm. 5 Uhr:  
**Maiball**

Glote Müll! Glote Müll!  
Hierzu ladet freundlichst ein 651  
**Arbeiter-Kamerader-Kolonie**  
Nitzig

Ba. Dänische geizor. 75-800 zum Braten ohne Beilage 98  
Gehacktes 855  
Schweinefleisch 1.00  
Schmer u. Fleisch 1.10  
billig! Wurstwaren billig!  
**Karl Wahl & Sohn**  
Zeitz, Wollersdorfstr. 12

Prima Dosenfleisch 0.80 ohne Knochen  
Prima Schweinefleisch 1.00  
Ba. hausgemachte Blut- u. Leberwurst Pfd. 1.20 3 Pfd. 3 RM.  
Soße kleine Fleischpfd. 30 Pf.  
bei 4 Pfd. 1 RM. 652  
hohester Preis Pfd. 0.80 RM.

**Fritz Spanzenberg**  
Zeitz Tiergartenstr. 10 Zeitz

**Tomatenpflanzen**  
Gemüsepflanzen, pil. Blumenholz (Gel. Zwerg), Petunien, Lobelien  
**Richters Gärtnererei**  
(Kassengarten) Trothaer Straße 17

**Arbeiter-Regel-Klub „Courant 19“ Weißenfels**  
Mitglied d. Deutsch.-Arb.-Regel-Bundes  
Sonnabend, den 16. Mai, im „Selleneller“, Burgwerden:

**Stiftungsfest**  
wenn die Arbeiterschaft herzlichst einladen ist  
Anfang 6 Uhr Anfang 6 Uhr  
Der Vorstand

**Freie Turnerschaft „Sauglilien“**  
Sonntag, den 17. Mai  
**Anturten mit Ball**  
Anfang 6 Uhr! Anfang 6 Uhr  
Hierzu ladet Freunde u. Gönner herzlichst ein 663  
Der Vorstand

**Bretto-Corona**  
Gummi-Fahrräder  
**Gedr. Rübiger, Zeitz**  
Pargellestraße 7, Telefon 842  
Eigene Schweißerei und Emaltierung  
stadtmännliche Bedienung

**Konjum- und Spargenoffenschaft für Merseburg u. Umgeg. e.G.m.b.H.**

Sonntag, den 24. Mai 1925, nachmittags 2 Uhr, in Merseburg im Restaurant „Junkerberg“:  
**Generalversammlung**

Tagesordnung:  
1. Halbjahresbericht  
2. Bericht über die stattgefundene Revision  
3. Aufsichtsratswahl  
4. Anzeige der Mitglieder nach § 14 des Statuts  
Als Ausweis für den Zutritt zur Generalversammlung ist die Legitimationskarte mitzubringen  
Zeitliches Erscheinen der Mitglieder erzwungen

Der Vorsitzende: H. Dantel, Köpplitzstr. 2

**Für die heiße Jahreszeit!**

**Kinder- u. Knaben-Waschkleidung**

Diese von mir stets mit besonderer Sorgfalt geführte Abteilung, zeigt Ihnen in diese fülle entzückende Neupfeiten zu staunend billigen Preisen!

**Kieler-Anzüge — Antknoß-Anzüge — Blumen-Anzüge**  
nur prima Kadettstoffe 669

**Kittel- u. Spiel-Anzüge — Blusen u. Sporthosen**

Besichtigen Sie mein Spezialfenster! Besichtigen Sie mein Spezialfenster!

**Udolf Krause, Weißenfels**  
Das große und leistungsfähige Unternehmen in Herren- u. Knaben-Kleidung

**Gewerkschaftshaus Gehülte**

Sonnabend, den 16. und Sonntag, den 17. Mai in den neu renovierten unteren Räumen:  
**Einzugs-Feier**

verbunden mit Konzert  
Speisen und Getränke in altbekannter Güte  
Hierzu ladet freundlichst ein 671  
Otto Drescher

**Anfahrtskarten** empfiehlt die  
Zollbuchhandlung

**Lichtspiel-Theater, Wittenberg**  
beehrt sich das prächtige Doppelcasino Sonntag, Freitag 8. Montag darzubieten

**1. Der kleine Bettelmusikant**  
eine herzag. Komödie in 5 Akten mit 688 Personen

**2. Die Männerkalle**  
Mehrfach in 5 Akten mit Viola Dana Anfang 6 und 8 1/2 Uhr  
Keine erhöht. Preise

Sonntag, nachm. 4 Uhr, gr. Familien- u. Jugendvorstellung

**Lichtspiele Biekeritz**  
Das internationale Programm für Freitag bis Sonntag, 18. Mai  
Die tolle „Ellen Ritter-Großfilm“  
„Der Ring um den Erdball“  
2. Teil: Indien-Europa 5 Meilen  
Prächtige Ausstattung, wundervolle Kulissenmalereien

Die beliebtesten Schauspieler:  
Ellen Ritter, Bruno Kallner, Reinhold Schünkel, W. Bando, Bender, Reinerer

Der II. Teil ist durch kurzes Stummstück auch für die Besucher verständlich, die den I. Teil nicht gesehen haben  
Abgeben ein Filmstück:  
Anfang Freitag, Sonnabend, Sonntag 6 u. 8 Uhr, Sonntag 8 Uhr

**Einwohner Wittenbergs!**

Sehe, Freitag, den 16. Mai abends 8 Uhr in Freundensaal Lokal:  
**Öffentl. Berfammling**  
mit dem Thema:  
**„Religion u. Freidenkertum“**  
Referent: Helmut Wolf, Leipzig  
Die Herren Lehrer und Pastoren sind herzlich eingeladen  
Freie Auswahle zugelassen

**Fahrräder**  
Spezialräder besonders preiswert liefert zu vorteilhaftesten Preisen

**Paul Schäfer, Wittenberg**  
Fahrradfabrik, Collegienstr. 4

Ba. rich. Schweinefleisch 1.00 RM.  
Ba. rich. Kalbfleisch 1.00 RM.  
hochf. fr. Blut- u. Leberwurst 1.00 RM.  
hochf. warme Wurst 1.00 RM.  
Frische Kaulbawen 0.25 RM.  
Frisch. Mind- u. Hammelfleisch billigst 665

**Paul Kalb, Zeitz, Neumarkt**

**Bekanntmachungen**  
Auf Grund des Artikel 3 Absatz 6 des Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Urteile und Urkunden hat sich die Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Stadtrats in der Zeitz des Landesversicherungsamts Merseburg geändert  
Die geänderte Wahlordnung liegt zur Einsichtnahme für die Beteiligten aus  
Eisleben, den 18. Mai 1925 647  
Das Versicherungsamt

Der Entwurf des Haushaltsplans der Kammerklasse für das Rechnungsjahr 1925 liegt in Gemäßheit des § 68 des Städteordnungsgesetzes vom 15. bis einschließlich 22. Mai 1925 während der Dienststunden im städtischen Rechnungsamt (Rathaus, Zimmer 5) zur Einsicht öffentlich aus  
Eisleben, den 18. Mai 1924  
Der Magistrat 648